Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 7

Artikel: Ist die Schrumpfung des Inlandmarktes unvermeidlich?
Autor: Steinemann, Eugen
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332453

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wirkung auf alle Gruppen des Wirtschaftslebens auszudehnen, soweit sie die Gesamtheit der Arbeiter vertreten, ob es nun den Handel (der Restaurations- und Kaffeehausbetrieb seien besonders erwähnt) oder ob es den Handwerker- oder Bauernstand betrifft.

Die Beziehungen zwischen Regierung und Landwirtschaftskammer sind sehr gute. Dank wiederholt gepflogener Verhandlungen mit Vertretern der Landwirtschaft und des Gemüsebaues war die Kantonsregierung in der Lage, sich eine gerechte und vernünftige Meinung im Zonenkonflikt zu bilden und den obersten Bundesbehörden eben jetzt eine Anregung zur Revision der Angelegenheit zu unterbreiten.

Diese Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Regierung in Genf haben vor allem das freudige Ergebnis gezeitigt, daß die Arbeiterklasse Vertrauen zu ihren Fähigkeiten in der Leitung öffentlicher Angelegenheiten gewonnen hat.

Ueberall bei der anständigen Bevölkerung Genfs hört man die Anerkennung, daß etwas im Rathaus anders geworden sei. Dort sitzen jetzt Beamte, welche sich um die Fragen des Staates sorgen und nicht um ihre Privatinteressen. Ihre innere Einstellung, namentlich auch die der Polizeiorgane, richtet sich nach dem Satz, daß die Verwaltung die Dienerin des Volkes ist und nicht das Volk die Dienerin der Verwaltung.

Was auch kommen mag und wie die Ereignisse von morgen sein werden, die Genfer Sozialdemokratische Partei darf mit Stolz auf diese drei Jahre kantonaler Regierung mit sozialdemokratischer Mehrheit zurückblicken, und wir glauben, daß diese Erfahrung, wenn sie zur Genüge bekannt wird, der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei erhöhtes Vertrauen in ihre Aufgabe als Befreierin der arbeitenden Bevölkerung zu geben vermag.

Ist die Schrumpfung des Inlandmarktes unvermeidlich?

Von Eugen Steinemann.

Die Krise ist bekanntlich vom Ausland her über die Schweiz hereingebrochen. Ein stark exportorientiertes Land ist bis zu einem gewissen Grad dem Wohlwollen des Auslandes ausgeliefert und kann sich mit der klügsten Politik nicht absolut vor Krisen schützen. Wenn es dem Ausland nicht mehr beliebt oder nicht mehr möglich ist, unsere Produkte abzukaufen, ist eine gewisse Schrumpfung unserer Außenwirtschaft unabwendbar. Die kühnsten Erwartungen von einer Exportförderungspolitik dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in absehbarer Zeit unmöglich sein wird, allen etwa 60,000 bis 80,000 arbeitslosen Exportarbeitern (eingerechnet Teilarbeitslosigkeit und Kurzarbeit) von der Außenwirtschaft her wieder Arbeit zu verschaffen. Es wird daher auf Jahre hinaus mit einer gegenüber früher geschrumpften Außenwirtschaft zu rechnen sein. Die Frage des Verhältnisses zwischen Außen-

wirtschaft und Binnenwirtschaft wird daher noch lange für die Schweiz von großer Bedeutung sein.

Die Schweiz ist in starkem Maße von der Außenwirtschaft abhängig. Ohne Export und Fremdenverkehr ist eine schweizerische Kultur gar nicht denkbar. Folgt daraus nun, daß jeder Rückgang des Exportes für die Schweiz eine Katastrophe bedeutet? Folgt daraus im besondern, daß der Inlandmarkt auf Gedeih und Verderb mit der Außenwirtschaft verbunden ist und deren Schrumpfung ohne weiteres mitmachen muß?

Die bürgerlichen Theoretiker und Politiker scheinen dies als selbstverständlich anzunehmen. Der Zusammenbruch des Baumarktes und damit ein Kriseneinbruch in die Inlandwirtschaft von unerhörtem Ausmaß wird von ihnen wie ein Fatum hingenommen, wie ein Gottesurteil, demgegenüber kein Einspruch möglich ist. Wie auf den Blitz der Donner, so müsse auf die Exportkrise die Inlandkrise folgen. Das scheint ihnen so natürlich, daß sie nicht einmal eine Begründung dafür als nötig erachten. Es ist geradezu ein Axiom ihrer Wirtschaftspolitik. Sie stehen darum der Inlandkrise gegenüber entweder vollkommen tatenlos da, wie der Bundesrat (wenn er gezwungenermaßen etwas Arbeitsbeschaffung treibt, so tut er es aus sozialen und vielleicht aus politischen, nicht aus ökonomischen Gründen), oder dann halten sie ihre Bekämpfung nur indirekt, über die Steigerung der Außenwirtschaft, für möglich.

Ganz so eindeutig ist der Zusammenhang zwischen Exportkrise und Binnenmarkt jedenfalls nicht; wie könnte sonst die Schweiz trotz scharfer Exporteinbuße während fünf Jahren den Inlandmarkt sozusagen unversehrt erhalten haben? Noch im fünften Krisenjahr 1934 betrug das Schweizer Volkseinkommen nach dem Bundesrat (Botschaft zum II. Finanzprogramm) 94 Prozent des Standes im hochkonjunkturellen Jahr 1929. Der gesamte Krisenverlust belief sich nach derselben Quelle 1934 auf 560 Millionen Franken. Der Verlust an der Außenwirtschaft betrug aber bei optimistischer Schätzung mindestens 400 Millionen, das sind etwa 12 Prozent des früheren Reinertrages aus der Außenwirtschaft. Zieht man den letztern Verlust vom oben genannten Gesamtverlust ab, dann erhält man als Verlust der Binnenwirtschaft 160 Millionen, was ungefähr 2½ Prozent des Binnenwirtschaftsertrages von 1929 ausmacht. Einer 12prozentigen Schrumpfung der Außenwirtschaft steht also eine allerhöchstens 2½prozentige des Inlandmarktes gegenüber, und auch der absolute Ausfall war hier viel kleiner als dort.

Damit ist jedenfalls bewiesen, daß eine gewisse Selbständigkeit des Inlandmarktes tatsächlich besteht. Um eine Erklärung für diesen vermeintlich anormalen Tatbestand sind allerdings unsere Gegner nicht verlegen. Da seien halt die Reserven dran schuld. Die großen Reserven der glücklichen Schweiz hätten unserem Binnenmarkt seine Widerstandskraft verliehen. Und am gegenwärtigen Zusammenbruch der Inlandwirtschaft sind auch diese Reserven schuld. Sie seien nämlich seit einiger Zeit erschöpft, womit der Damm gebrochen sei und die Krisenflut nun unaufhaltsam ins Inland hereinbrechen müsse. Diese »Theorie« ist in den letzten Monaten zur (oft uneingestandenen) Maxime aller

bürgerlichen Politik geworden — und leider hat sie auch von unserer Seite nicht die energische und fundierte Zurückweisung erfahren, die sie verdient.

Das Märchen von den erschöpften Reserven findet darum so leichtgläubige Zuhörer und Nachbeter, weil die wenigsten eine richtige Vorstellung davon haben, was Reserven überhaupt sind. Der Hauptfehler, der wohl in neunundneunzig von hundert Fällen begangen wird, wenn von Reserven im Zusammenhang mit Krisenpolitik die Rede ist, besteht in der Verwechslung von privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Reserven. Wenn ein Privatmann in einigen guten Jahren ein paar tausend Franken erspart und sie auf einer Bank anlegt, dann liegt darin für ihn eine Reserve, die er in schlechten Zeiten zurückziehen und aufbrauchen kann, die ihm also hilft, schlechte Zeiten besser zu überstehen. Alle solchen Rücklagen, auch die von Aktiengesellschaften oder sogar von öffentlichen Körperschaften, sind privatwirtschaftliche Reserven. Sie können natürlich auch statt auf einer Bank in Obligationen, Aktien usw. angelegt sein. Daß sie volkswirtschaftlich nicht als Reserven, die man beliebig aufbrauchen darf, gelten können, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man sich die Folgen eines allgemeinen Rückzuges dieser privaten Rücklagen vergegenwärtigt. Anderseits können die privaten Reserven in großem Ausmaß dahinschwinden, ohne daß die Reserven der Volkswirtschaft eine Schmälerung zu erleiden brauchen.

Worin bestehen denn nun die volkswirtschaftlichen Reserven? Jedenfalls weder in Geldbeträgen noch in Bankkonti oder Wertpapieren, sondern in Produktionskräften. Die Reserven der Volkswirtschaft bestehen in jenen wirtschaftlich verwertbaren Arbeits-, Kapital- und Bodenkräften, die einem Land über den normalen Verbrauch und die Instandhaltung des Produktionsapparates hinaus zur Verfügung stehen und sich in schlechten Zeiten für die Konsummittelversorgung heranziehen lassen. An solchen Reserven ist die Schweiz reich. Nach der zitierten Botschaft des Bundesrates hat die schweizerische Bevölkerung in den Konjunkturjahren 1928 und 1929 je gegen zwei Milliarden Franken Ersparnisse auf die Seite gelegt. Der größte Teil davon wurde in der Wirtschaft des In- und Auslandes investiert und diente somit dem Ausbau des Produktionsapparates. Die Wirtschaftskräfte, die dazu gebraucht wurden, hätten ohne Zweifel weitgehend auch für den Verbrauch eingesetzt werden können. Hier waren also tatsächlich große volkswirtschaftliche Reserven vorhanden.

Was hat sich seither hieran geändert? Ein Teil der Wirtschaftskräfte, die früher funktioniert haben, ist durch unwiederbringlichen Absatzverlust im Ausland ganz oder teilweise unverwertbar geworden. Stickereimaschinen zum Beispiel oder Arbeitskräfte der Maschinenindustrie, die zwar nicht ihre ganze Arbeitsfähigkeit, aber doch einen großen Teil ihrer besondern Qualifikation eingebüßt haben, weil sie in ihrem gelernten Berufszweig auf absehbare Zeit keine Verwendung mehr finden können. Viele Arbeitskräfte haben auch durch den erzwungenen Müßiggang gelitten, doch dem stehen die vielen Gelegenheiten zu be-

ruflicher Weiterbildung gegenüber, die im Verlauf der Krise erst geschaffen wurden.

Unter diesen endgültig ausgeschalteten Kräften sind auch einzelne Reserven, die somit vernichtet wurden. Jener jährliche Ueberschuß von zwei Milliarden wird dadurch um einige Millionen vermindert worden sein. Anderseits ist auch die Rationalisierung seit 1929 nicht stehengeblieben, so daß heute das gleiche Produkt wie damals mit weniger Aufwand hergestellt werden kann. In dem Maße haben natürlich die für Surplusproduktion verwendbaren Kräfte sich vermehrt, die volkswirtschaftlichen Reserven also zugenommen. Eine bedeutende Zunahme ergibt sich auch daraus, daß die Kaufkraft unseres Exporterlöses auf dem Weltmarkt ganz erheblich gestiegen ist. Mit der halben Exportmenge können wir heute fast ebensoviel Produkte im Ausland kaufen wie 1929. Zählt man Verluste und Gewinne an Reserven zusammen, dann wird man feststellen können, daß eine wesentliche Schmälerung der Reserven nicht eingetreten ist. Freilich sind heute viele Kräfte, die früher wirksam waren, brachgelegt und darum nur noch latent. Sofern ihre Reaktivierung aber noch im Bereich der Möglichkeit liegt, bleiben sie darum doch Reserven.

Die endgültigen Krisenverluste machen natürlich nur einen Teil der vom Bundesrat für 1934 auf 560 Millionen berechneten Gesamtverluste der schweizerischen Volkswirtschaft aus. Es ist darum keine Frage, daß die immer noch über 1000 Millionen jährlich abtragenden (besser: abzutragen fähigen — tatsächlich tragen sie vielfach heute eben nichts mehr ab, weil man sie brachliegen läßt) Reserven vollauf genügen, um jene endgültigen Verluste zu decken. Kann sich daran etwa mit der Dauer der Einkommensverminderung etwas ändern? Sind die Reserven derart, daß sie ein paar Jahre ausreichen, aber dann plötzlich eines Tages aufgezehrt sind? Das ist die vollkommen verkehrte Vorstellung, die man leider fast überall von den volkswirtschaftlichen Reserven hat. Das Wesen dieser Reserven besteht, wie oben dargelegt, doch eben darin, daß sie Einkommensquellen darstellen, die fortwährend fließen und andauernd ihren Dienst erweisen, solange man sie schöpft. Solange die endgültigen Verluste nicht größer sind als der jährliche Erlös aus den Reserven, braucht die Lebenshaltung eines Volkes um keinen Rappen vermindert zu werden.

Eine Erschöpfung der Reserven kann daher als Begründung für den Einbruch der Krise auf den Inlandmarkt nicht anerkannt werden. Die wirtschaftlichen Reserven der Schweiz sind heute sowenig wie vor zwei Jahren erschöpft. Wenn aber der Zusammenbruch des Inlandmarktes nicht durch das Versiegen der Reserven erklärt werden kann, läßt sich auch seine Erhaltung bis 1934 nicht mit dem Hinweis auf das Bestehen der Reserven deuten. Diese ganze bürgerliche Konstruktion fällt bei näherem Zusehen in sich selbst zusammen. Die Tatsache der weitgehenden Unabhängigkeit des schweizerischen Inlandmarktes von der Außenwirtschaft in den Jahren 1929 bis 1934 bleibt daher als wuchtiger Zeuge gegen die von den bürgerlichen Politikern behauptete Unvermeidlichkeit der Binnenmarktschrumpfung bestehen.

In der Tat ist die Meinung, einem Exportrückgang müsse unbedingt auch eine Schrumpfung des Inlandmarktes folgen, ebenso töricht, wie es die Empfehlung an einen von einem Absatzrückgang seiner Produkte betroffenen Bauern wäre, er solle nun so rasch wie möglich auch seinen Verbrauch an Produkten aus seiner eigenen Wirtschaft einschränken. Es besteht doch wahrhaftig kein Anlaß für einen solchen Bauern, der seine Milch, sein Fleisch, sein Getreide, seine Eier, seine Butter auf dem Markt nicht mehr in gleichem Quantum wie bisher absetzen kann, nun selbst von diesen guten Sachen weniger zu essen als bisher. (Der Gedanke, weniger selber zu essen und um so mehr zu verkaufen zu billigerem Preis, taugt nichts, weil dadurch der ganze Absatz einen so starken Preisfall erleiden müßte, daß der Erlös für das größere Quantum kleiner wäre als für das kleinere.) Ebensowenig besteht ein Zwang, daß die Bewohner eines Landes, dessen Export zurückgegangen ist, das daher auch den Import etwas eindämmen muß, um die Zahlungsbilanz nicht zu gefährden, nun auch weniger einheimische Produkte brauchen und verzehren sollen. Was da für ein höherer volkswirtschaftlicher Sinn drin liegen soll, daß wir unsern Zement, unsere Ziegel und unsere Bausteine in den Steinbrüchen ruhen lassen, daß wir unser Bauholz in den Bergen verfaulen, daß wir Bahnen, die wir bisher benützten, leer laufen, Hotels leerstehen lassen, daß wir Maschinen, die bisher für uns arbeiteten, ausschalten, und daß wir tausendfach Arbeitskräfte, die bisher für uns wirkten, aufs Pflaster stellen — was das alles für einen geheimnisvollen Sinn haben soll, fragen wir uns vergebens. Der einzige »Sinn«: es ist halt Krise; die Wellen der Weltwirtschaftskrise, für die wir ja nicht verantwortlich sind, greifen nun auch auf unsern Inlandmarkt über. Das ist halt der Lauf der Dinge, dem wir uns demütig zu unterziehen haben.

Gegen diesen verhängnisvollen Fatalismus gilt es, sich mit aller Macht zur Wehr zu setzen. All diese Schrumpfung auf dem Inlandmarkt hat absolut keinen Sinn, sondern ist ein purer Aberwitz. Alle Redensarten, die darüber hinwegwedeln wollen, sind Ausflüchte und Ablenkungsmanöver, um die Verantwortung von der bürgerlichen Wirtschaftspolitik abzuwälzen. In Wirklichkeit ist die Schrumpfung des Inlandmarktes kein unvermeidliches Verhängnis, sondern ein Versagen der Wirtschaftspolitik.

Wie kann die Schrumpfung des Inlandmarktes vermieden oder, wenn schon erfolgt, rückgängig gemacht werden? Diese Frage ist in dem durch den Titel gesteckten Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur eine Ergänzung. Sie muß aber zu einer der Kardinalfragen der gegenwärtigen schweizerischen Wirtschaftspolitik gemacht werden. Die folgenden Darlegungen sind mehr grundsätzliche Wegweisungen als praktische Vorschläge.

Die Aufgabe, die der Krisenpolitik auf dem Binnenmarkt gestellt ist, läßt sich auf eine sehr einfache Formel bringen: es handelt sich darum, die Kaufkraft zu erhalten, dafür zu sorgen, daß alles während des Vollbetriebes umlaufende Geld weiter zirkuliert. Das ist allerdings leichter gesagt als getan. Der Verlauf der kapitalistischen Konjunktur

führt nämlich dazu, daß bei Ausbruch der Krise und während der Depression ein großer Teil der Kaufkraft nicht dort ist, wo sie etwas nützt, bei der konsumierenden Masse, sondern dort, wo sie jetzt nichts mehr nützt, bei den Kapitalisten. Wenn der ganze Produktionsapparat infolge Rationalisierung und partieller Ueberproduktion nur zu vielleicht dreiviertel der Kapazität ausgenützt ist, dann könnte der rassigste »Geldumlaufszwang« den Kapitalisten nicht dazu bewegen, sein Geld zu investieren. Es bleibt liegen. (Die Form der Bargeldhorte spielt dabei die geringste Rolle.)

Es handelt sich also darum, die Kaufkraft an die richtige Stelle hinzulenken. In diesem Zusammenhang läßt sich das Rätsel der schweizerischen Binnenkonjunktur 1930 bis 1934 mühelos auflösen. Die Stützungspolitik und die Notstandsarbeiten sind die hauptsächlichsten Mittel, die eine Kaufkraftverlagerung im hier geforderten Sinne ermöglichen. Durch Anleihen und Steuern wird die Kaufkraft der Kapitalisten angepumpt, und die landwirtschaftliche und gewerbliche Preisstützung und die Arbeitsbeschaffung bringen das Geld dann unter die Leute, die es nicht liegen lassen. Zugleich wirkt diese Politik als Damm gegen Deflationspanik, so daß auch die Kapitalisten nicht auf jede Investitionstätigkeit verzichten. Dazu kam nun noch, daß die Lage auf dem Baumarkt diesen Tendenzen günstig war.

Umgeschlagen hat diese günstige Lage, als der Baumarkt eine gewisse Sättigung erreicht hatte, und besonders, als dann vor etwas mehr als Jahresfrist die Unsicherheit über die Fortsetzung des bisherigen Wirtschaftskurses den Deflationsdruck sehr verstärkte. Seither ist es ja bekanntlich bei den Deflationsdrohungen des Bundesrates nicht geblieben, und die Wirtschaft hat den entsprechenden Verlauf genommen. So betrachtet, bleibt wirklich nichts Rätselhaftes an dieser ganzen Entwicklung.

Heute handelt es sich nicht mehr darum, eine Schrumpfung zu verhindern, sondern sie aufzuhalten und wieder rückgängig zu machen. Die überragende Bedeutung des Baugewerbes für die Inlandkonjunktur legt es nahe, hier besonders anzusetzen. Da der private Baumarkt bis auf weiteres auch bei Wegfall deflationistischer Hemmungen keine sehr großen Chancen bietet, muß hier die öffentliche Wirtschaft mit großzügigen Projekten einspringen. Die Natur der brachliegenden Kräfte verlangt, daß man hauptsächlich beim Hochbau einsetzt. Hunderte von Gemeindebauten wären ohne weiteres baureif, sobald die Finanzierungsfrage gelöst ist. Vor allem wäre aber die Sanierung unhygienischer Gassen und Quartiere ein Werk, das dem Schweizervolk Ehre machen würde und sogar wirtschaftlich rentabler wäre als manche »produktive« private Kapitalanlage, wenn man an die Kosten des Tuberkulosenelendes denkt, das in jenen Quartieren seine Herde hat. Um die Bautätigkeit auch auf dem Lande anzuregen, wäre an Reparaturzuschüsse an finanzschwache Bauern zu denken. Im Laufe der Krise ist manche notwendige Instandstellungsarbeit an landwirtschaftlichen Gebäuden unterblieben, die sich aus den volkswirtschaftlichen Reserven kostenlos (volkswirtschaftlich gedacht) nachholen ließe.

Eine weitere Möglichkeit der Ausnützung brachliegender Reserven liegt in einer weitgehenden Anwendung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, der bei schwachen Unternehmungen durch öffentliche Zuschüsse sicherzustellen wäre. Aehnlich in der Wirkung, zugleich eine sozialhygienische Großtat wäre die großzügige Förderung der Arbeiter- und Angestelltenferien, etwa mit der Parole: Jedem eine Woche mehr und mindestens zwei Wochen Ferien. Daß Hunderttausende heute dieses Minimum nicht erreichen, ist eigentlich eine Kulturschande, die bisher noch viel zuwenig ernst genommen wurde. Zugleich hätte, vielleicht teilweise durch private Institutionen, eine Ferienversorgungsaktion auf breitester Grundlage einzusetzen, damit einerseits die Ferien auch wirklich den Zweck der Erholung erfüllen, anderseits aber das volkswirtschaftlich bedeutsame Ziel erreicht werden kann, die wundervollen brachliegenden Kräfte unserer Fremdenindustrie zu aktivieren. Mit einem Schlage ließe sich da zum Beispiel für die vielberedete Bergbauernnot durch Zimmer- und Häuschenvermietung an Arbeiterfamilien mehr tun, als jahrelange Kommissions- und Parlamentsdiskussionen erreichten.

Schließlich sei noch auf eine Art der Arbeitsbeschaffung hingewiesen, die nicht nur bereitstehende Reserven ausnützt, sondern in besonders hohem Maße dazu geeignet ist, die Produktivität der Volkswirtschaft zu steigern, also indirekt die Reserven zu vermehren. Ich denke an die Schaffung und den Ausbau von technischen Forschungsstellen, an die kollektive Bearbeitung der Auslandsmärkte, an den Ausbau unserer noch sehr mangelhaften Wirtschaftsstatistik, an die Weiterbildung unserer qualifizierten Arbeitskräfte. Zu alldem haben wir die nötigen Hände und Hirne, die Ingenieure, Techniker, Kaufleute und Wissenschafter, aber wir lassen sie müßig, hoffnungslos und verbittert herumstehen und langsam zugrunde gehen. Warum? Weil durch ihre Anstellung ihr Einkommen vermehrt werden müßte und dabei die Gefahr bestände, daß sie mehr Milch trinken (unsere Kühe geben ja so wenig!), mehr Schuhe kaufen (unsere Schuhfabriken kämen dadurch ja in die größte Verlegenheit!), mehr Tram fahren könnten (da ist bekanntlich der hinterste Platz besetzt!).

Ist sie nicht absurd, diese Angst, unsere Ueberproduktion an allen Enden könnte Abnehmer finden infolge der Wiedereinstellung von arbeitslosen Volksgenossen? Die Arbeitsbeschaffung sei die teuerste Art der Arbeitslosenfürsorge, lautet die bundesrätliche Weisheit. Volkswirtschaftlich kosten die herrlichen Werke, die sich mit Hilfe der Arbeitsbeschaffung vollbringen lassen, nichts als gesunde Anstrengung. Sie machen niemand ärmer, sondern nur alle reicher, weil sie sich ja aus dem aufbauen, was sonst einfach brachliegen würde. Sie sind also nicht teuer, sondern in hohem Grade einträglich, und zwar in doppeltem Sinne: einmal durch die volkswirtschaftliche Produktivität der Werke selbst (Verminderung des Tuberkulosenelendes, Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit, Eröffnung neuer ausländischer Absatzmärkte); zweitens sind sie reichtumfördernd durch die von ihnen bewirkte Aktivierung der Reserven. Die Arbeitslosenunterstützung hat

demgegenüber nur die letztere Wirkung. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt ist also die Arbeitsbeschaffung viel produktiver.

Besteht etwa darin eine Gefahr, daß die neubeschäftigten Arbeiter nicht nur einheimische Milch und Schuhe und Straßenbahnen konsumieren, sondern auch ausländische Früchte, Zigaretten und Automobile nachfragen könnten? Wir haben heute schon mit dem Ausland eine aktive Zahlungsbilanz. Jedermann ist von der Notwendigkeit einer Exportsteigerung überzeugt. Wäre es da ein Unglück, wenn auch unser Import etwas zunähme? Ist eine Vermehrung unserer ausländischen Bezüge nicht geradezu eine Voraussetzung für einen zusätzlichen Export? Es gibt tatsächlich nur zwei Wege, den Export zu heben: entweder den Kapitalexport oder dann die Importvermehrung. Also auch hier liegt keine Gefahr der Arbeitsbeschaffung, sondern eine weitere erwünschte Nebenwirkung.

Auch im einzelnen erweist es sich, daß Maßnahmen zur Verhinderung der Binnenmarktschrumpfung durchführbar und vernünftig sind. Die Möglichkeit erfolgreicher Bekämpfung des internen Nachfragezerfalls dürfte damit in jeder Hinsicht erwiesen sein, soweit es sich um die Probleme der Oekonomik handelt. Wirtschaftlich liegt alles klar auf der Hand. Fraglich bleibt die politische Durchführbarkeit. Wird ein genügend starker Teil des Schweizer Bürgertums die Einsicht und den Mut aufbringen, um die richtigen Konsequenzen aus der hier geschilderten Lage zu ziehen, das ist die große Frage, die zu einer Schicksalsfrage für die schweizerische Demokratie zu werden droht. Die Maßnahmen, die wir fordern, schließen sich bewußt an das bisher Gewordene an und erlauben eine organische Fortführung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sollten diese Mahnungen vom Bürgertum in den Wind geschlagen werden, dann ist mit größter Wahrscheinlichkeit ein scharfer Bruch in dieser Entwicklung vorauszusehen, und auch der vorsichtigste und verantwortungsvollste Sozialist wird dann mit weit radikalern Forderungen aufrücken müssen. *Daß der hier aufgezeigte Weg der volkswirtschaftlichen Einsicht und Vernunft auch politisch gangbar ist, beweisen die leuchtenden Beispiele demokratischer Gesinnung und Tatkraft der nordischen Staaten, die der Krise auf diese Weise in kurzer Zeit weitgehend Herr geworden sind. Bei uns sind die zu überwindenden Vorurteile bedeutend größer und hartnäckiger. Aber das darf kein Grund sein, um nicht alles zu versuchen, um sie dennoch zu überwinden.* Eine klare Erkenntnis der wirtschaftlichen Gegebenheiten auf unserer Seite ist die Voraussetzung dazu.

Bildung ist Macht!

Von Jakob Bührer.

Das Wort wird immer wieder zitiert. Namentlich auch in der Arbeiterbewegung, aber ... man läßt es dabei bewenden. Nämlich die Arbeiterbewegung läßt es dabei bewenden. Sicher wird vieles getan,